
Thomas Bauer:**Bauen für Wachstum und Beschäftigung
in Deutschland**

(bbiv) Regensburg. „Der Staat verursacht zu hohe Kosten und diese sind die wahre Ursache für das schwache Wachstum in Deutschland.“ so Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes anlässlich der Mitgliederversammlung in Regensburg. Der hohe Staatsanteil von 57 Prozent sei das Kernproblem. Und die Ausgaben werden an falscher Stelle getätigt: „Die Investitionsquote des Bundes ist mit 9 Prozent zur Restgröße des Konsums, der Personalkosten, der Sozialkosten und der Zinsbelastung verkommen.“ moniert Bauer.

Dabei ist völlig aus dem Blickfeld geraten, dass ein heutiges Nicht-Investieren, Nicht-Bauen hohe Folgekosten nach sich zieht. Und dabei besteht ein immenser Baubedarf. Bei den Verkehrswegen des Bundes ist das Erhaltungsdefizit bereits jetzt auf eine Drittel Billion Euro aufgelaufen.

„Unser kompliziertes Steuersystem mit all seinen Ausuferungen wie der Verlustbesteuerung oder der Gesellschafterfremdfinanzierung ist Gift für unser Land.“ so Bauer. Und: „Der unnötige Aktionismus des Staates, der sich in Überregulierungen wie dem geplanten Antidiskriminierungsgesetz niederschlägt, legt Deutschland in Fesseln.“

Dringenden Reformbedarf sieht Bauer insbesondere beim staatlichen Rechnungswesen. Dem Staat fehlt Transparenz. „Wir brauchen ein modernes kaufmännisches Rechnungswesen mit doppelter Buchführung auf allen Ebenen.“ so der Präsident. „Mit einer Bewertung des Vermögens und dessen Wertveränderung.“

Bei unserem Steuersystem helfen keine kleinen Reformen mehr, so Bauer. „Wir brauchen ein radikal anderes Steuersystem. Es muss einfach, klar, transparent und damit gerecht sein.“ Dazu müsse der Staat jedoch zunächst auf seine Kernkompetenzen zurückgeführt werden. Bauer: „Der Geldhunger des Staates muss eingeschränkt werden.“ Aber: „Eine solche Haltung vermisste ich beim Bund. Im Gegenteil – der Bund baut seinen Anteil derzeit aus.“

Alles was keine unmittelbar hoheitliche Aufgabe ist muss auf den Prüfstand. „Es muss dann entschieden werden, ob man privatisieren kann oder nicht. Public-Private-Partnership heißt der Ansatz für die

Zukunft.“ Der Staat müsse zum Beispiel keine Autobahnen betreiben, da dies private Gesellschaften wie die ASFINAG in Österreich oder die Autostrade in Italien weitaus besser können. Dies gelte gleichermaßen für den Bau und Unterhalt von Hochbauten.

Die Kernforderung Bauers ist: „Es muss mehr investiert werden.“ Andernfalls befürchtet Bauer „Deutschland wird sonst seine einmalige Chance verpassen, die Drehkreuzfunktion in Europa zu bekommen.“

„Wir sollten uns den Optimismus bewahren, trotz Rezession.“ Baubedarf gäbe es genügend, doch der wird nicht zur Nachfrage, er kommt nicht auf den Markt. Bauer abschließend: „Ohne die Bauwirtschaft kann Deutschland sein Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht lösen.“